

Dresdner Volkszeitung

Vossische-Druckerei: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto:
Gebr. Tenhoff, Dresden
und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Frachtposten mit den wöchentlichen Beilagen
„Nach der Arbeit“ und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.
Einzelnummer 10 Pf.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompositzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamzeile 1,50 M., für auswärtige Anzeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Fernlieferung 10 Pf.

Nr. 191

Dresden, Dienstag den 18. August 1925

36. Jahrg.

Noch mehr Wirtschaftsdiktatur?

Die schwerindustrielle deutsche Bergwerkszeitung leistet sich den Wig, die Einführung einer Wirtschaftsdiktatur zu fordern. Man müsse die Hoffnung lassen, daß auf parlamentarischem Wege die Durchführung der notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen erfolgen könne. Wir können um die Einführung einer Wirtschaftsdiktatur nicht herum, die ohne Rücksicht auf das Parlament und vielleicht sogar gegen das Parlament das tue, was die wirtschaftlichen Notwendigkeiten gebieten.

Es klingt allerdings wie ein Wig, wenn jemand nach all den Erfahrungen des deutschen Volkes im letzten Jahrzehnt noch nach einer Wirtschaftsdiktatur ruft. Jahrzehntlang war der wirtschaftsmächtigste Mann in Deutschland Herr Hugo Stinnes, der Abgott eines großen Teiles unsers Bürgeriums, das in ihm eine große Leuchte, ein Vorbild von wirtschaftlicher Tüchtigkeit und Einsicht sah. Herr Hugo Stinnes übte auf die deutsche Wirtschaft und die deutsche Wirtschaftspolitik einen gewaltigen Einfluß aus. Gemeinsam mit seinen Freunden Helfferich und Hadenstein wußte er Maßnahmen zu verhindern, die eine rechtzeitige Abbremsung der Inflation hätten herbeiführen können. Für viele galt er als einer der größten Männer, wenn nicht als der größte Mann Deutschlands. Schien es doch, als wenn seine Tätigkeit mit großem Erfolg gekrönt sei. Er war der größte Inflationsspekulant Deutschlands. Er verstand es, die Zeit, in der das deutsche Volk immer mehr und mehr verelendete, zu nutzen, um Sachwerte für viele hunderte Millionen Goldmark zusammenzuraffen, und als er starb, wurde sein Reichtum auf 1000 Millionen Goldmark geschätzt.

Was aber ist aus seinem Wert geworden? Nicht nur, daß durch die Inflation, die dem großen Manne die Verwertung seiner Reichtümer ermdlichte, Tausende von Erben vernichtet, Tausende der ärgsten Not ausgeliefert wurden, es zeigt sich jetzt nur allzu deutlich, daß er nicht nur das deutsche Volk in seiner Gesamtheit schwer schädigte, sondern, daß er nicht einmal das Volk, das er für sich und seine Familie aufbaute, dauerhaft gefalsten konnte. Dieselbe Inflation, die es ihm ermdlichte, die Verfassung über so viele Unternehmungen an sich zu reißen, hat zugleich das von ihm geschaffene Gebäude unterhöhlt. Der Inflation verlor das deutsche Volk heute in Deutschland an so furchtbarem Kapitalmangel leiden, weil Spar- und Bankanlagen verloren gingen und neues flüssiges Kapital nicht gebildet werden konnte, und an dem Kapitalmangel geht jetzt das ganze von Stinnes geschaffene Riesengebäude zugrunde. Dieser große Wirtschaftsdiktator hat gerafft und gerafft, aber er war nicht weitsichtig genug, um zu sehen, daß er sich bei all seinen Inflationsergebnissen das eigene Grab gräbt.

Stinnes ist aber ein typisches Beispiel. Immer wieder sehen wir, daß die sogenannten Wirtschaftsführer, aus deren Reihen doch wohl auch der von der deutschen Bergwerkszeitung ersehnte Diktator stammen soll, in Wahrheit oft recht kurzichtig sind, daß sie, um schnell große Profite zu erlangen, wirtschaftliche Gefahren nicht nur für das ganze Volk, sondern auch für sich selbst heraufbeschwören. Augenblickliche wirtschaftliche Vorteile verwechseln sie nur zu leicht und zu gern mit dem Nutzen der Volkswirtschaft. Stinnes ist gestorben, und über seinem Konzern schwebt der Weltwetter. Der eine Wirtschaftsdiktator ist weg, die Wirtschaftsdiktatoren aber sind geblieben.

Bei der Beratung des Zolltarifs zeigt sich deutlich genug, daß Schwerindustrie und Großagrarier mit Hilfe ihrer gefälligen Reichstagsmehrheit eine nahezu unbeschränkte Wirtschaftsdiktatur in Deutschland ausüben, und dabei wiederholt sich der Fall Stinnes in neuer Auflage. Die Herrschaften wollen nicht sehen, daß sie durch ihre Hochschulpolitik die größten Gefahren für unsre Gesamtwirtschaft und damit auch für ihre eigenen Unternehmungen schaffen. Die Aussicht, daß ihnen recht bald die Zölle höhere Profite bringen könnten, macht sie gleichgültig gegen alle Warnungen. Ist die Deutsche Bergwerkszeitung mit dem, was wir an Wirtschaftsdiktatur hatten, noch immer nicht zufrieden? Was die von dem edlen Blatt ersehnte Wirtschaftsdiktatur bringen soll, kann man sich ja ungefähr denken: unbeschränkte Arbeitszeit, Löhne noch niedriger als jetzt, Abbau des Arbeiterschutzes und der sozialen Fürsorge auf der ganzen Linie, damit der Profit unbegrenzt steige. Würde nach demartigen Rezepten vorgefahren, so dürfte sich auch hier bald zeigen, wie falsch die Meinung war, daß unsre Volkswirtschaft nicht hoch kommen kann, wenn die Massen verelenden, wenn ihre Lebenshaltung immer mehr verschlechtert und damit auch die Arbeitskraft des deutschen Volkes untergraben wird.

Wahrlich, der Bedarf des deutschen Volkes an Wirtschaftsdiktatur und nach Wirtschaftsdiktatoren ist nur allzu

reichlich gedeckt. Wir brauchen keine neue kapitalistische Wirtschaftsdiktatur. Im Gegenteil, das deutsche Volk muß vielmehr erkennen, wie sehr sich die bürgerlichen Parteien in ihrer Mehrheit schon jetzt zu Werkzeugen einer volksfeindlichen kapitalistischen Diktatur gemacht haben und ihnen sobald als möglich die gebührende Diktatur erteilen.

Das Aga-Experiment

Die Liquidation der Wasse des Stinnes-Konzerns geht, so wird uns aus Berlin geschrieben, unter Ausschuß der Öffentlichkeit weiter. Von Zeit zu Zeit erfährt man, daß die Aktienmehrheit eines großen Unternehmens den Besitzer gewechselt hat. Von Zeit zu Zeit hört man Jauchens, und jedesmal geben diese Jauchens ein ungünstigeres Bild. Man spricht heute schon davon, daß das sanierte Bankensortiment selbst erhebliche Schwierigkeiten vor sich sieht. Die Möglichkeit, daß die Familie Stinnes nicht einmal den alten Familienbesitz aus dem Zusammenbruch rettet, ist durchaus gegeben. Das alles aber vollzieht sich heimlich. Herr Hugo Stinnes, der Jüngere, hat sich seine in hochfahrendem Kommandoton gegebenen Verlautbarungen an die Öffentlichkeit abgewöhnt, und die sanierten Banken fühlen kein Bedürfnis, sich im Geschäft sehen zu lassen.

Anders Herr Edmund Stinnes. Er hat sich fünf Minuten vor zwölf aus der Katastrophe des Stinnes-Konzerns herausgezogen. Er hat auf dem Wege einer Erbauseinandersetzung erhebliche Beteiligungen erhalten. Einen Teil davon hat er bereits veräußert, einen andern Teil, die Aktienmehrheit der Aga, der Aktiengesellschaft für Automobilfabrikation, hat er noch im Besitz. Die Betriebe, die er kontrolliert, haben mit erheblichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Er zieht es jedoch vor, nicht stille zu sein. Er hat einen Reklamefeldzug in Szene gesetzt, der lebhaft an die Art erinnert, wie früher für den alten Stinnes, dem Wirtschaftsgiganten für viele, in einem Teil der deutschen Presse Propaganda gemacht wurde.

Das Angebot, der Belegschaft der Aga die Hälfte der Beteiligung zu schenken, erscheint auf den ersten Blick als Teil eines interessierenderen und seinem etwas beschränkten Kredit wieder auf die Beine helfen soll. Daß es reiner Arbeiterfreundlichkeit entsprungen sei, das wird keiner glauben, der weiß, wie Arbeiter und Angestellte in Stinnes'schen Betrieben behandelt werden. Ob sich dahinter eine geschäftliche Erwägung verbirgt, etwa in der Richtung, daß nach einem solchen Schritt staatliche Kredithilfe leichter zu erreichen sei, steht dahin.

Ein Teil der Presse, der nur auf das Sensationelle und nicht auf das Wesen des Stinnes'schen Reklameschritts gesehen hat, hat bereits das Wort von einer „Teilssozialisierung“ des Stinnes'schen „Reklames“ geprägt. Nichts falscher als das. Wenn die Belegschaft der Aga sich zur Übernahme des Geschens als

Genossenschaft konstituiert und ihren Betriebsrat zum Treuhänder ernannt, so erhält der Betriebsrat Stimmrecht in der Generalversammlung gemäß der Höhe seiner Beteiligung. Er hat aber nicht die Mehrheit in dieser Generalversammlung. Sein Einfluß kann bequem beiseite geschoben werden. Die Mehrheit, die ihm gegenübersteht, kann in der Zukunft, etwa durch Erhöhung des Aktienkapitals, den Wert der Beteiligung der Belegschaft erheblich herabmindern. Ob diese Beteiligung finanzielle Erträge für die Belegschaft abwirft, steht bei der Lage des Unternehmens ebenfalls noch dahin. Eines ist nur sicher, daß mit diesem Bescheid der Belegschaft der Aga Verpflichtungen zugedacht sind, die sie sofort zu übernehmen hat. Der bisherige Besitzer, Herr Stinnes, als Inhaber der Aktienmehrheit, der nicht in der Lage war, das Unternehmen zu behaupten und ihm die nötigen Kredite zu erschließen, bürgert die Verantwortung für die Kreditbeschaffung und die Fortführung des Betriebes der Arbeiterkraft auf.

Ueber die Köpfe der Arbeiter hinweg spielt sich der mittellose Kampf der Kapitalisten untereinander ab, in dem sie nur Objekt sind. Der Belegschaft der Aga-Werke soll in diesem Kampf die Illusion gegeben werden, als ob sie als Subjekt in ihn eingreifen und entscheiden können. Wir warnen vor solchen Illusionen! Die Wirksamkeit und die Erfolgsmöglichkeiten der Arbeiterkraft liegen heute nicht auf dem Gebiet des Streiks und der Beteiligung, sie liegen auf dem Gebiet des gewerkschaftlichen Kampfes, auf dem sie ihre Lebenshaltung und ihre soziale Stellung zu verteidigen haben gegen die Beauftragten der Aktienbesitzer sowohl als auch gegen die Vertreter des Finanzkapitals, die gleichermaßen auf ihre Lebenshaltung drücken.

Die Ablehnung der Staatsbank

Am Montag mittag fand beim Berliner Oberpräsidenten die angekündigte Besprechung in Angelegenheit der Berliner Aga-Werke statt. An ihr nahm als Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Verwaltungsjahre Berlin, auch Genosse Leonhard Hülke teil.

Edmund Stinnes ging in längeren Ausführungen nochmals auf die ganze Entwicklung ein, die zu der gegenwertigen Kreditperre der Banken gegenüber den Aga-Werken geführt hat und die eine Stilllegung des ganzen Betriebes in bedrohliche Nähe rückt. Insbesondere machte er für diese Entwicklung einen bekannten Berliner Großbankiers verantwortlich und legte in diesem Zusammenhang dar, daß ihm die Banken aus rein persönlichen Gründen die notwendige Unterstützung verweigern.

Die weiteren Erörterungen ergaben, daß zur Fortführung des Betriebes fürs erste ein Kredit von 3 Millionen Mark beschafft werden muß. Als Kreditgeber kommt die Preussische Staatsbank in Frage. Jedoch lehnt die Behörde ab, diesen Kredit direkt zu geben. Somit verlanget die Seebehandlung Wirtschaft als Selbstschuldner, die für Edmund Stinnes von den Großbanken eben nicht zu haben ist. Man denkt nun daran, dafür die Reichskreditgesellschaft heranzuziehen. Der Oberpräsident sagte dann auch zu, auf die in Frage kommenden Ministerien im Reich und in Preußen in diesem Sinne einwirken zu wollen.

Allerhand

D. Wieder einmal ging eine kommunistische „Wrede“ über Nord, diesmal in Münster in Westfalen. Die Bezirksleitung Nordwest der KPD, beschloß vor kurzem, das Parteimitglied Joseph Steiner, Minister, auszuschließen. Der Ausschluß erfolgte, wie es heißt, wegen Parteischädigung und wegen des immer stärker werdenden Verdachts, Polizeiarbeit zu sein. „Wir warnen alle Arbeiterorganisationen“, so heißt es schließlich in der Verurteilung des Ausschusses, „vor diesem Schädigung der Arbeiterklasse“. Schamhaft wird verschwiegen, daß Steiner eine ganze Zeit lang Angestellter der KPD war, nach seinem Abtritt in der Geschäftsführung der KPD, was des Parteimitglieds, Berichterstatter der Bremer Arbeiterzeitung und der einzige kommunistische Vertreter im Stadtparlament von Münster war. Hier gebärdete er sich besonders radikal, als er seinen Vorgänger nach dem Siege der radikalen Linken in der KPD, abgesetzt hatte. Und jetzt soll sich dieser selbe KPD-Vorkämpfer als Polizeispion erwiesen haben. Bezeichnend für die Verhältnisse in der KPD.

Nachdem Adolf Hitler durch das Verbot der bayerischen Regierung in seiner „Menschen“ zu einem ihm aufsehenerregend sehr schmerzlichen Schweigen verurteilt ist, geht er auf die Dörfer und besichtigt sie mit dem Evangelium der nationalsozialistischen „Weltanschauung“. Die ultramontane-deutschnationale Regierung bezog die Botschaften der KPD, die die Gelegenheiten zur Verweigerung ihrer bürgerlichen Inoffizialität gekommen, indem sie dem in Bayern Verbotenen die Möglichkeit, in einer öffentlichen Versammlung in Stuttgart zu sprechen, bot. Zum Dank dafür verhofft dann Hitler alle Deutschnationalen als erbärmliche Feiglinge. Hitler, der das „Programm“ der nationalsozialistischen „Bewegung“ entwickeln sollte, erging sich in einer aus unverständlichen Dab geborenen wüsten Beschimpfung und Verdächtigung der Sozialdemokratie, in einer rüden Verhöhnung des Parlamentarismus und der Parlamentarier und in einer alle Schranken übersteigenden Hebe gegen das Judentum. Von der Wasse verlangte er, daß sie nationalsozialistisch sein müsse mit der „Reinigung“ eines fanatischen Gemüts“ und versprach den Arbeitnehmern die „Arbeitsleistung in einer völkischen Gemeinschaft des Rechts und der Freiheit. Argentin, konstruktiver Gedanke für seinen „Sozialismus“ fehlt ihm vollkommen und sein Gekröse ist heute widerlicher denn je. Es ist das Geschimpfe des Erlebigsten!

Nach einem Bericht in der Montagmorgen-Ausgabe der Reichsdeutschen Volkszeitung hat Stegerwald bei der Jubiläumstagung des Zentralverbandes der christlichen Holzarbeiter am Sonntag in Wien eine merkwürdige Rede über die Höhe der Löhne und der sozialen Lage gehalten: Er sagte: „Gewiß haben die sozialen Lasten in Deutschland eine Höhe, wie in keinem andern Lande der Welt, aber unter Zusammenrechnung von Löhnen und sozialen

Lasten bleibt der Lohnanteil an den Erzeugnissen in Deutschland doch noch erheblich hinter dem in Amerika und auch noch hinter dem Englands zurück.“ Bezüglich der Preisspanne zwischen den Erzeugern und Verbraucherpreisen führte Stegerwald etwa folgendes aus: „Die Preisspanne zwischen Erzeugern- und Verbraucherpreisen droht sich zu einer sozialen Gefahr auszuweiten. Wenn die Dinge noch einige Monate so weiter laufen, wie bisher, dann nutzen die neuen Steuergebühren nicht, dann sind die Löhne nicht zu halten, dann ist die Bevölkerung bedroht, und wir stehen vor einem allgemeinen Zusammenbruch. Dieser muß unter allen Umständen verhindert werden. Deshalb richte ich heute einen ersten Appell an die Kreise des Reichstages und der Regierung: Regierung, greife rückwärtslos hinein in dieses Wespennest, du errette damit das deutsche Volk.“ Diese Rede Stegerwalds ist nur ein Versuch, das Verbrechen des an den neuen Bundesgesetzgebungen mitbeteiligten Zentrum in der Arbeiterkraft zu verurteilen. Herr Stegerwald ist aus dunklen „staatspolitischen“ Gründen seit Jahren bemüht, den Einfluß der Sozialdemokratischen Partei auf die Reichspolitik auszuweiten — mit dem Erfolg, daß er den Zusammenbruch auf der ganzen Linie befördert.

Energische Urteile gegen völkische Rowdys

Zu dem energischen Urteil gegen den rechtsradikalen Studenten Luz in Berlin kommt ein neues. Der Sozialdemokratische Pressedienst meldet:

Ein beachtenswertes Urteil hat am Sonnabend ein Elberfelder Schöffengericht gefällt, doppelt beachtenswert, weil das Urteil gegen Angehörige rechtsradikaler Verbände erging. 18 Mitglieder rechtsgerichteter Bände des Wuppertales hatten nach einer Versammlung bei Mut von Gerslachs eine Schlägerei und Schießerei mit Reichsbannerleuten begonnen, die im geordneten Zuge von der Elberfelder Stadthalde abdrücken wollten. Zwei Personen wurden dabei verletzt. Der Staatsanwalt beantragte als abschreckendes Beispiel gegen die Angeklagten vier bis zwölf Monate Gefängnis wegen Landfriedensbruchs. Auch das Gericht sah in dem Treiben der rechtsradikalen Stadthalden den Landfriedensbruch als gegeben. Es billigte den Angeklagten wegen ihrer Jugend und bisherigen Unbescholtenheit zwar mildere Umstände zu, verurteilte sie aber zu drei bis sechs Monaten Gefängnis. Ausdrücklich wird in der Begründung hervorgehoben, daß die Veräppelung des politischen Gegners mit Knütteln und Schlagwerkern endlich in Deutschland aufhören müsse.

Noch einige Gerichtsentscheide dieser Art, und die Rechtsradikalen, die bisher die weitestgehende Milde und Rücksicht der Gerichte fanden, werden von ihrem Treiben ablassen.